

# revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe  
nummer 14

juni / juli 2002

**“Mr. Bush, guten Tag,  
und dann ab nach Den Haag!”**

**Maria Mies in Celle**

**Tschernobyl Jahrestag  
AKW GegnerInnen  
aus dem Wendland in  
Celle**

**Lokales - Meldungen -  
Provinzielles**

**Ostumgehung:  
Erörterungstermin im Juni**



# Inhalt

**Demonstration in Berlin**  
 "Mr. Bush, guten Tag, und dann ab nach Den Haag!" . . . .Seite 03

**Globalisierung bringt Unfreiheit und wachsende Armut für die meisten Menschen**  
 Maria Mies in Celle . . .Seite 05

**Veranstaltung zum Verhältnis von yezidischen Kurden und Deutschen in Celle** . . . . .Seite 06

**Luisa Francia: Choreographie der Täuschung** . . . . .Seite 07

**Tschernobyl Jahrestag AKW GegnerInnen aus dem Wendland in Celle** . . . . .Seite 08

**Lokales - Meldungen** . . .Seite 10

**Ostumgehung: Erörterungstermin im Juni** . . . . .Seite 16

**Literatur** . . . . .Seite 17

**Innovativer Vorschlag zum Schutz der Umwelt** . . . . .Seite 18

**Internationales Anti-Atom-Sommercamp, 20. - 28. Juli in Pölitz/Wendland** . . . .Seite 19

**Filmkunsttage im Kammer** . . . . .Seite 19

**Termine** . . . . .Seite 20



## Hallo Ihr Lieben,

und da ist sie schon - die neue revista!

Dank diverser Schwierigkeiten innerhalb der Redaktion: Schule, Arbeit, Erkältung, Abwesenheit wegen Party und gemeinsamer Grillerei haben wir diesmal 4 Tage layoutet - uff.

Jetzt kommt der Sommer - und da kann's passieren, dass die nächste revista nicht genau in zwei Monaten erscheint, Ende August ist da schon wahrscheinlicher.

Also, bis dahin

Eure Redaktion



**Impressum:**  
 Revista, Nr.14 ■ Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro). ■ Postanschrift: Revista, c/o Bunes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle  
 ■ e-mail: Revista@gmx.de ■ V.i.S.d.P.: Ralf Hbner  
 ■ Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001 K-Nr: 108 099 698, Stichwort 'Revista' ■ Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personennamen gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!  
 ■ <http://mitglied.lycos.de/Revista/>

## Demonstration in Berlin

# "Mr. Bush, guten Tag, und dann ab nach Den Haag!"

Insgesamt über 100.000 Menschen demonstrierten an drei Tagen in Berlin und in der ganzen Bundesrepublik anlässlich des Bush-Besuches im Mai. Die Aktionen waren vielfältig und bunt, ähnlich wie das politische Spektrum, das sich dort auf den Straßen tummelte. Eine eigentlich totgelebte Friedensbewegung fand sich neu zusammen, um gegen einen möglichen Kriegseinsatz gegen den Irak und die bestehende Weltordnung zu protestieren. "Wir wollen ihre Kriege nicht" war auf vielen Transparenten zu lesen, ironisch wurde mit Brezeln gewunken. (Fotos unter <http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/230502bush.html>) Es nahmen Menschen aus allen Altersschichten und fast allen linken Gruppierungen an den Aktionen teil. Die Großdemonstration war insoweit für viele TeilnehmerInnen ungewohnt, als die Route einzig darin bestand, die Straße "Unter den Linden" geradeaus bis zum Alexanderplatz zu laufen. So gab's vergleichsweise wenig Parolen, ganz witzig fand ich die in der Überschrift zu lesende. Manche im Vorfeld zu hörende Befürchtungen, wonach mensch sich mit einer Demo gegen Bush an die Seite der europäischen Staatenwelt und ihre

Interessen stelle, erwiesen sich weitgehend als unbegründet. Zum einen sind nun mal die USA nicht Kanada, sondern die militärisch und ökonomisch den Planeten dominierende Macht mit einer Geschichte in den letzten 50 Jahren, in der sich ein außenpolitisches Verbrechen ans andere reiht, zum anderen wurden auch die Schröder-Fischer-Gang auf Transparenten und durch die effektvolle Störung der grünen Kundgebung hinreichend kritisiert. Mancher Rede hätte es aber doch gut getan, auch einen Satz für den Verve zu erübrigen, mit denen das rot-grüne Deutschland Kriege führt. - Wichtig wäre jetzt, weiter am (Wieder-)Aufbau einer antimilitaristischen Bewegung in Deutschland zu arbeiten. Für die LeserInnen der revista gibt's schon am letzten Augustwochenende eine verkehrstechnisch günstige Gelegenheit, denn in Hannover findet ein interessanter Kongress mit hochkarätigen ReferentInnen statt (u.a. Johan Galtung, Maria Mies, Peter Lock, Frank Deppe, Arno Klönne, Tobias Pflüger, Mariam Notten, Brigitte Young, Lindsey German, Werner Ruf, Mossen Masserat, Georg Fülberth); näheres unter [www.friedenskongress-hannover.de](http://www.friedenskongress-hannover.de)

Blumer

## Auszüge aus Reden auf der Abschlusskundgebung der Friedensbewegung in Berlin am 21. Mai 2002

**Jean Ziegler (UN-Sonderberichterstatter "Für das Recht auf Nahrung" und Professor der Universität Genf und der Pariser Sorbonne):**

(...) Globalisierung ist täglicher Terror. Alle sieben Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. Alle vier Minuten verliert ein Mensch das Augenlicht wegen Mangel an Vitamin A. Über 100.000 Menschen sterben am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen jeden Tag. 828 Millionen Kinder, Männer und Frauen waren letztes Jahr permanent schwerstens unterernährt. (...) Es gibt keine Fatalität, nur imperiale Vernichtung und Arroganz. Wer heute am Hunger stirbt, wird ermordet. Wer Geld hat, isst und lebt; wer keines hat, wird invalid und/oder stirbt. Für diese mörderische, absurde Weltordnung, deren einziger Motor die grenzenlose Profitgier einiger Weniger ist, trägt das US-amerikanische Imperium die Hauptverantwortung. Das amerikanische Imperium - nicht das amerikanische Volk! Die amerikanische Finanzoligarchie beherrscht 24 Prozent des Welt-Bruttosozialprodukts, 41 Prozent des Welthandelsvolumens und 53 Prozent des Weltenergiemarktes. Die amerikanische Kapitaloligarchie, welche die Regierung Bush weitgehendst

leitet, funktioniert gemäß einem Kodex, den man den "Consensus of Washington" nennt. Seine vier heiligen Regeln sind: (1) Total-Liberalisierung der Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Patentströme, (2) Privatisierung des öffentlichen Sektors, (3) Deregulierung und (4) Flexibilisierung aller Sozial-, insbesondere der Arbeitsbeziehungen. Dieser "Consensus" wird weltweit durchgesetzt von den Söldnerorganisationen des internationalen, meist amerikanischen Finanzkapitals: der Welthandelsorganisation (WTO), des Weltwährungsfonds (IWF) und der Weltbank. Die amerikanische Finanzoligarchie ist zudem die welt dominierende Militärmacht. (...) Das Imperium tätigt im Jahr 2002 42 Prozent aller Militärausgaben der Welt.

Nichts und niemand kann den fürchterlichen Angriff auf die New Yorker Zivilbevölkerung vom 11. September 2001 erklären, geschweige denn rechtfertigen. Über 3.000 Menschen aus 62 Nationen sind innerhalb von drei Stunden ermordet worden. Aber auch das schlimmste Verbrechen darf die rechtstaatlichen Grundsätze einer zivilisierten Gemeinschaft, wie es die amerikanische ist, nicht außer Kraft setzen. Die Terrorbombardements der amerikanischen Luftwaffe auf die afghanischen Städte und Dörfer von

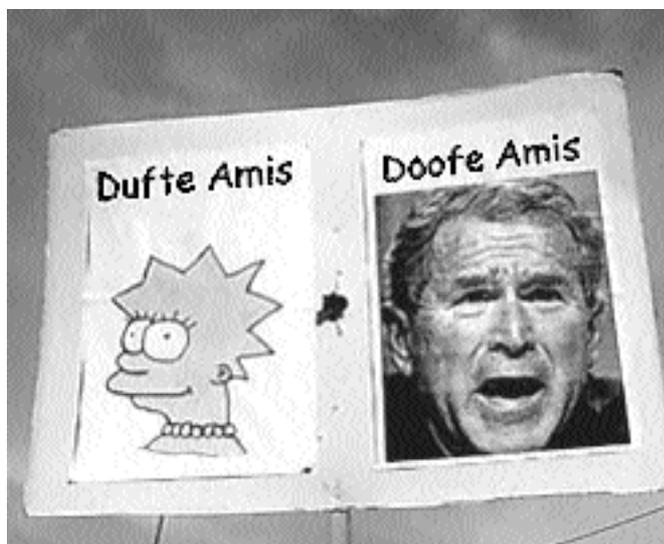
Oktober bis Dezember 2001, die menschenunwürdige Behandlung der Kriegsgefangenen sowie die Weigerung, die Genfer Konvention in Afghanistan zu respektieren, sind die Markenzeichen imperialer, menschenverwüstender Arroganz. Bush und seine Akkoliten aus Texas definieren autonom - jenseits aller Völkerrechtsgrundsätze -, wer ein Terrorist ist und wer nicht. Jedermann kennt den Direkteinfluss der texanischen Ölmilliardäre auf die Familie Bush. Der weltweite Krieg gegen den Terror hat einiges zu tun mit der Profitmaximierung der Investitionen im internationalen, insbesondere mittelöstlichen und zentralasiatischen Erdölgeschäft. (...)

Das amerikanische Imperium ist eine tödliche Gefahr für die Zivilisation, es ist ein Feind der Freiheit und der Vernunft. Zusammen mit den Kräften des Widerstands in Amerika, mit den amerikanischen Studenten, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern werden wir das Imperium besiegen und die Welt der Vernunft, der versuchten Gerechtigkeit, der größeren Freiheit für jeden erschaffen. Es lebe die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Brüderlichkeit unter den Menschen! Es lebe die Solidarität zwischen den Völkern!"

**Dr. Rolf Wischnath**  
(Generalsuperintendent, Cottbus):

(...) Allein fünfzehntausend Kinder sterben täglich an elementarer Armut, sagt die UNO, vorsichtig geschätzt. Das war vor dem 11. September so. Und das ist danach so geblieben. Es geschieht auch heute und morgen. Die Verzweiflung der Eltern dieser Kinder aber ist nicht geringer als die der Angehörigen der Opfer von Manhattan: fünfzehntausendmal an jedem Tag. Zwar waren die Terroristen selbst keine armen Leute aber die Wurzeln des Terrorismus liegen in einem Hass, der aus der Ungerechtigkeit, aus der ständigen Demütigung und Verzweiflung der Armen wächst, weltweit.

Darum ist unser Protest gegen noch mehr Terror und Vergeltung, gegen Gewalt und Krieg verbunden mit dem Eingeständnis eigener deutscher und europäischer Versäumnisse und Schuld. Es muss uns bewusst sein: Auch wir nehmen durch unsere Vorherrschaft über die Ressourcen der Welt Privilegien in Anspruch die Unfrieden und



Ungerechtigkeit in der Welt festschreiben. Es wird sich in dieser Welt von Gewalt und Krieg nichts entscheidendes ändern, wenn dies nicht geändert wird. (...) Erst durch eine "Anti-Armutskoalition" kann dem Terrorismus wirksam der Nährboden entzogen werden. Erst durch eine "Achse der Gerechtigkeit" kommt die "Achse des Bösen" ins Trudeln. Erst wenn die Spirale von Gewalt und Gegengewalt, von Terrorismus und Vergeltung unterbrochen wird, kommt es zum Frieden. (...) Auch wenn Terrorismus die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens zerstört, ist ein solcher Krieg - wie er in Afghanistan geführt und womöglich gegen den Irak und Somalia vorbereitet wird - ein untaugliches Mittel zu seiner Bekämpfung.

**Carmen Ludwig (fzs -freier zusammenschluss von studentinnenschaften):**

(...) In den vergangenen Monaten wurde in nicht gekanntem Ausmaß Sicherheitspanik geschürt und rassistische Vorurteile propagiert. Es ist eine rot-grüne Bundesregierung, die seit Monaten Krieg führt und die die sog. Anti-Terror-Gesetze beschlossen hat. Damit hat sie Innere Sicherheit vor Rechtsstaatlichkeit gestellt, Bürgerrechte als Terroristenschutz abgehandelt und vor allem die Freiheiten von Ausländerinnen und Ausländern erheblich beschränkt. Diese Politik lehnen wir Studentinnen und Studenten der BRD entschieden ab! (...)

**Horst Schmitthener (IG Metall):**

(...) Die Nato ist vom Verteidigungsbündnis nun auch offiziell zum Interessenvertretungsbündnis umgebaut worden. Die Nato-Interessen liegen in allen Teilen der Welt. Entsprechend ist auch das Nato-Einsatzgebiet erweitert worden. In diesen Wandel ist die Bundeswehr still und leise einbezogen. Ob interveniert wird, hat dabei wenig mit Menschenrechten und viel mit den Interessen der Mächtigen zu tun. Da kann ich nur sagen: Nicht mit uns! Bekämpfen müssen wir nicht die Völker, sondern die Ungleichheit in der Welt. Da ist nicht nur die immer weiter auseinander driftende Vermögens- und Einkommensverteilung. Da ist z.B. auch die höchst unterschiedliche Lebenserwartung der Menschen. Und in ganzen Landstrichen kann von einer Gesundheitsversorgung nicht geredet werden. Ja, ein Großteil der Menschen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern hat nicht einmal freien Zugang zu sauberem Wasser. In dem wir die Ungleichheit bekämpfen, entziehen wir auch terroristischen Anschlägen eine wesentliche Grundlage. (...)

Es liegt an uns, die neue Nato-Strategie an das Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Wir müssen den gesellschaftlichen Widerstand mobilisieren. Unser Widerstand ist auch aus innenpolitischen Gründen unverzichtbar. Denn die Militarisierung der Politik zerstört die solidarische und demokratische Substanz in unserer Gesellschaft. Unter dem Deckmantel von Anti-Terror-Gesetzen werden erneut Bürgerrechte eingeschränkt. Der Sicherheitsstaat wird weiter aufgerüstet. Und zur Finanzierung internationaler Militäreinsätze werden Gelder verpulvert, die uns für soziale Zwecke fehlen. (...)

# Globalisierung bringt Unfreiheit und wachsende Armut für die meisten Menschen

## Maria Mies in Celle

"Ich will Mut machen," sagte Maria Mies bei ihrem Vortrag im Mai im Bunten Haus. Denn Neoliberalismus ist nach ihrer Auffassung nur solange alternativlos, solange sich die Menschen bis zur Selbstaufgabe an die Verhältnisse anpassen. Und etliche der über 50 Besucherinnen und Besucher der gemeinsamen Veranstaltung von HVHS Hustedt, AK Eine Welt und Buntem Haus haben sich von der 68-jährigen, ehemaligen Kölner Soziologie-Professorin zu einer lebhaften Diskussion anstecken lassen.

"Globalisierung von unten" ist der Titel ihres im vergangenen Jahr erschienen Buches und das war auch die Perspektive, von der her Maria Mies die Gefährdung von Demokratie, Umwelt, Arbeitsplätzen und Menschenrechten durch Freihandelsabkommen (z.B. MAI, NAFTA, GATS) und Institutionen (wie WTO, Weltbank, IWF und EU) kritisierte.

Das Credo des Neoliberalismus lasse sich so zusammenfassen: Globaler Freihandel schafft Wachstum. Wachstum schafft Arbeitsplätze und Wohlstand für alle, die Voraussetzung für Gleichheit, Freiheit, Demokratie und Frieden. Die Globalisierungsgegnerin hält das für verschleierte Ideologie. Die ihrer Auffassung nach einfachste und korrekteste Definition des Begriffes Globalisierung habe der Verwaltungspräsidenten der transnationalen Firmengruppe ASEA BROWN BOVERY, Percy N. Barnevik gegeben: "Ich würde Globalisierung als die Freiheit für meine Gruppe von Unternehmen definieren, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, wo sie will, und die möglichst geringsten Restriktionen zu unterstützen, die aus Arbeitsgesetzen und sozialen Übereinkünften resultieren." Und die Regierungen fast aller Länder der Welt würden ihre Wirtschaftspolitik an dieser Vorstellung ausrichten, so Maria Mies, damit die 'Global Players' ungehindert durch nationale oder internationale Gesetze und Übereinkünfte ihr Wachstum und ihren Profit mehren könnten.

Dass sich bis zur WTO-Konferenz in Seattle dagegen nur selten Protest erhob, führte die Referentin u.a. darauf zurück, dass die Menschen von Politik und Medien im Dunklen gelassen würden über das, was globaler Freihandel und Institutionen wie die WTO, die Weltbank, und der IWF im Dienste der Konzerne heute weltweit anrichten. In den letzten Jahren sei aber immer deutlicher geworden, dass an den Verheißungen des Neoliberalismus nichts dran sei. Nach zehn Jahren globaler Freihandelspolitik habe sich herausgestellt, dass die unbeschränkte Freiheit und extrem gestiegener Reichtum einiger Personen und Konzerne erkauft wurde mit zunehmender Unfreiheit und wachsender Armut der meisten Menschen in der Welt. Diese Kluft sei nicht nur zwischen reichen und armen Ländern wie nie zuvor gewachsen, sondern auch innerhalb der reichsten Länder der Welt: USA, England, Deutschland. Maria Mies belegte dies mit etlichen Beispiele. So war 1965 das persönliche Durchschnittseinkommen in den G7 Ländern 20 mal so hoch wie das in den sieben ärmsten

Länder der Welt. 1995 war diese Differenz 35 mal größer. Auch innerhalb der reichen Länder wachse die Kluft zwischen den Einkommen: Die Durchschnittslöhne in den USA sind seit 25 Jahren um 10 Prozent gesunken sind. Der Reichtum der 475 Milliardäre der Welt ist gleich dem Einkommen von 50 % der Weltbevölkerung. Von den 100 größten Ökonomien der Welt sind 52 Konzerne. Nur 48 sind Länder.



Maria Mies

In der Dritten Welt bedeute Globalisierung für viele Menschen einfach, dass ihr Überleben bedroht sei. Das Eindringen großer multinationaler Konzerne in die Landwirtschaft dieser Länder konkurriere die Kleinbauern zugrunde. In Indien hätten die ökologischen und sozialen Folgen der Globalisierung der Wirtschaft zu ganzen Epidemien von Selbstmorden von Bauern geführt, die zunächst den Versprechungen des Agrobusiness geglaubt hätten, wonach gentechnisch manipulierte Baumwolle produktiver sei. Der Anbau dieser Baumwolle sei aber eine einzige Katastrophe gewesen, viele Bauern hätten bankrott gemacht und nur noch einen Ausweg im Selbstmord gesehen. Auch die Strukturanpassungsprogramme, die den verschuldeten Ländern von der Weltbank und dem IWF aufgezwungen würden, hätten ähnliche Folgen. Die Regierungen dieser Länder müssten ihre öffentlichen Ausgaben für Schulen, das Gesundheitswesen und andere soziale Aufgaben reduzieren. Sie müssten ihre Tore für Importe und Investoren aus den reichen Ländern öffnen, was meist zum Ruin kleiner einheimischer Betriebe führe. Sie müssten oft ihre Währung abwerten, die Löhne der Arbeiter senken, staatliche Betriebe privatisieren und die Landwirtschaft auf Exportproduktion umstellen.

Die Bewegung, die in Seattle ihren neuen Ausgangspunkt habe, kritisiere nicht allein, dass Globalisierung die Kluft zwischen den Reichen und Armen innerhalb und zwischen den Ländern vergrößert hat, sondern dass auch die in mehreren Jahrhunderten erstrittenen Arbeiter-, Sozial- und Menschenrechte auf der Strecke blieben, dass alles und jedes

auf dieser Erde nur noch als Ware gesehen würde und vor allem, dass das, was wir bisher noch unter Demokratie verstehen würden, mit dem globalen Freihandel nicht zu vereinbaren sei.

Globaler Freihandel und Demokratie seien wie Feuer und Wasser. So zitierte die Referentin mit John Gay einen ehemaligen Berater von Margret Thatcher. Die Konzerne verstünden unter Freihandel den freien Zugang zu allen Ressourcen, zu allen Märkten, freien Kapitalverkehr und freie Spekulationen, ohne dass die Regierungen ihnen dabei irgendwelche Auflagen machen dürfen. Der "freie Markt" dürfe nicht durch demokratische Wandlungsprozesse gefährdet werden. Deshalb würden die Konzerne so viel Wert auf Institutionen wie die WTO (Welthandelsorganisation) legen, die sich über die nationalen gewählten Parlamente erheben würden. Die WTO könne Regeln machen, die über den nationalen und lokalen Parlamenten schwebten, aber von den nationalen Regierungen beachtet werden müssten. Diese Regeln hätten einklagbaren, bindenden Charakter, und sie brächen nationales Recht.

Auf die Frage, warum sich unter diesen Bedingungen die meisten Staaten der Welt diesem Globalisierungskurs unterwerfen würden, antwortete Maria Mies, dass offensichtlich die Mehrheit in den Parlamenten im Konsens mit dieser Politik stehe. Sie glaubten an die Richtigkeit dieser neoliberalen Politik, obwohl sie im Widerspruch zur tatsächlichen Erfahrung der meisten Menschen steht - und andere würden gut dafür bezahlt, dass sie so täten, als ob sie daran glaubten.

Als Kölner Bürgerin warf Maria Mies auch einen Blick auf die Kommunalpolitik, denn der Globalisierungsprozess habe Auswirkungen bis vor die eigene Haustür. So sei die Kölner Wasserversorgung im Rahmen der Privatisierung an

eine Briefkastenfirma auf den Kaiman-Inseln, einer Steueroase, verkauft worden. Die Stadt Köln wolle damit von einer gegen den US-Fiskus gerichteten Steuerhinterziehung profitieren. Den Mitgliedern des Stadtrats aber wären die Vertragsdetails mit dem Hinweis vorenthalten worden, es handle sich um einen privaten Kontrakt. Auf einer allgemeinen Ebene wies die Referentin dann noch auf das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) hin, das gegenwärtig verhandelt werde und auf mittlere Sicht den Untergang des öffentlichen Sektors bewirken könne. Was vom Gemeinwesen noch übrig sei, wie die gesellschaftliche Verfügung über Wasser, Gesundheit, Erziehung, stehe zur Disposition, wenn mit GATS die letzten Barrieren gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen beseitigt würden.

"In den Protesten von Seattle und den Manifestationen von Porto Alegre ist für mich deutlich geworden," sagte Maria Mies, "dass die Menschen ihr Leben nicht von den Chefetagen transnationaler Konzerne aus bestimmt wissen wollen. Deshalb geht es um die Herausbildung einer solidarischen, nicht am Profit orientierten Gesellschaft."

Bei dem vergleichsweise heterogenen Publikum muss es letztlich nicht verwundern, dass einzelne die Verantwortung für alles Übel der Erde den U.S.A. meinten anzulasten zu müssen. Interessanterweise gab's kaum Anmerkungen zur bevorstehenden Bundestagswahl, und nur von einer Seite wurde auf potenzielle Partizipationsmöglichkeiten im kommunalen Bereich verwiesen. Einige der "unorganisierten" BesucherInnen zeigten ein Interesse an einer kontinuierlichen Diskussion und Arbeit gegen die Zumutungen der Globalisierung, wobei aber unklar blieb, ob und wie diese Interessen sich zusammenfinden.

---

# Veranstaltung zum Verhältnis von yezidischen Kurden und Deutschen in Celle

"Wir besuchen sie nicht und sie besuchen uns nicht."

So lautet der Titel der empirischen Untersuchung, die Siamend Hajo und Eva Savelsberg im Mai 2000 zu Selbst- und Fremdbildern kurdischer Yeziden in Celle durchgeführt haben. Die beiden Sozialwissenschaftler hatten dazu 13 kurdische Yeziden im Alter von 29 bis 60 Jahren aus Celle interviewt. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde Ende vergangenen Jahres in dem Sammelband "Zwischen Heimat und Zuhause" veröffentlicht.

In einer Veranstaltung des Celler "Arbeitskreises Ausländer" am Dienstag, den 20. August 2002 werden die beiden Mitarbeiter der Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie ihre Studie vorstellen und mit Interessierten diskutieren. Die Veranstaltung findet statt im Urbanus Rhegius Haus und beginnt um 19 Uhr.

In Celle leben rund 2700 Kurden, die selbst oder deren

Vorfahren im wesentlichen aus einigen Dörfern in Türkisch-Kurdistan kommen bzw. kamen. Zunächst als ArbeitsmigrantInnen, mit der zunehmenden Drangsalierung der kurdischen Bevölkerung durch den türkischen Staat auch als Flüchtlinge gekommen, wohnen die meisten Familien mittlerweile über 20 Jahre in Celle.

Der größte Teil der hier lebenden KurdInnen gehört der yezidischen Religionsgemeinschaft an. Eine der wichtigsten Regeln dieser Gemeinschaft ist, dass Yeziden ausschließlich Yeziden heiraten dürfen und ein Verstoß den Ausschluss aus der Gemeinschaft zur Folge hat. Dies mag dazu beitragen, dass die yezidische Gemeinschaft sich lange nach außen extrem abgeschottet hat und nach innen sehr homogen erscheint.

Aus: Können Sie sich ausweisen? Karikaturen zu 10 Jahren pro Asyl; Hrsg. Von PRO ASYL. Karlsruhe 1996.

# Choreographie der Täuschung

ich sah die besten meiner generation  
 im hausstaub ersticken  
 sich auflösen zwischen dreckigen socken  
 und festgebackenen essensresten  
 auf dem hochzeitsgeschirr  
 zwölf teller, zwölf tassen  
 im service  
 ich sah meine freundinnen  
 fassungslos einen betrug nach dem anderen  
 aufdecken, heulen, fluchen  
 wer hat mir meine kindheit gestohlen  
 wer mein glück  
 wer stopfte mich in dieses korsett von  
 verzweiflung, zweifel  
 ich sah rote wangen, die zu  
 schwarzen ringen unter den augen wurden  
 gelöstes gelächter von freundinnen  
 wurde im familieären säurebad  
 zu nie gekanntem schrecken  
 die starken flügel verkümmerten  
 zu unsichtbaren ketten  
 abends kam der mann und forderte  
 totale versorgung  
 die seine mutter so willig gegeben

ich sah wohnzimmergarnituren  
 schlafzimmergarnituren  
 schuldenberge, unter denen  
 müde schultern sich beugten  
 und rücken sich krümmten  
 nicht eingelöste versprechen  
 wurden durch vierzehn tage  
 urlaub ersetzt  
 ich sah die schönsten frauen  
 auf supermarktkarren gestützt  
 in der ecke verschnaufen  
 sah frauen buckeln, um ihre brüste zu schützen  
 ich sah sie im eiscafé die  
 verbotene zigarette rauchen  
 ich hörte sie weinen  
 ihr leben verfluchen und  
 sah sie hilflos zurücktreiben  
 in die unterwerfung  
 von meister propper und dem general.

ich sah frauen, die übergangslos  
 von ihren eltern und dem was sich schickt  
 zu Ihren ehemännern und der koketterie über das  
 was sich nicht schickt wechseln  
 sexy und mütterlich  
 zärtlich und geil  
 ganz nach wunsch

ich sah sie stunden am telefon

und vor dem spiegel  
 antworten konstruieren  
 um keine fragen  
 stellen zu müssen  
 ich hörte die lügen, die sie woben  
 um ihre männer nicht zu blamieren  
 ich sah schwache frauen ihre gewalttätigen  
 männer verteidigen und noch vor der eigenen  
 wut liebevoll schützen

ich sah sie mit geschlossenen augen  
 mühsam die bilder im kopf belebend  
 hastig zwischen die schenkel greifen  
 ich hörte sie flüstern  
 wo ist denn der  
 phantastische liebhaber  
 der vielen romane  
 wo ist denn der zärtliche mann  
 der verliebte  
 wo ist denn der  
 der mich wahrnimmt-  
 wenigstens

ich sah meine klugen schwestern  
 unruhig ihre visionen entwerfen  
 und ängstlich sie  
 verteidigen  
 verwerfen  
 vergessen  
 und ich hörte sie munter rufen  
 es könnte  
 schlimmer sein.



Luisa Francia

Tschernobyl Jahrestag

# AKW GegnerInnen aus dem Wendland in Celle



Am 26. April 1986 ereignete sich im Atomkraftwerk Tschernobyl der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der Atomenergienutzung. Der vierte Reaktorblock des Kraftwerks wurde durch eine nukleare Explosion vollständig zerstört. Rauch und Dampf bildeten eine "strahlende" Wolke. Diese zog über die westlichen Teile der Sowjetunion hinweg und in Richtung Mitteleuropa. Schließlich breitete sie sich über die ganze nördliche Erdhalbkugel aus. Mit dieser Wolke wurde die rund 200fache Menge an Radioaktivität freigesetzt wie bei den Atombombenabwürfen von Hiroshima oder Nagasaki. Die Folgen dieser Katastrophe sind auch heute noch immer nicht in ihrer ganzen Tragweite absehbar.

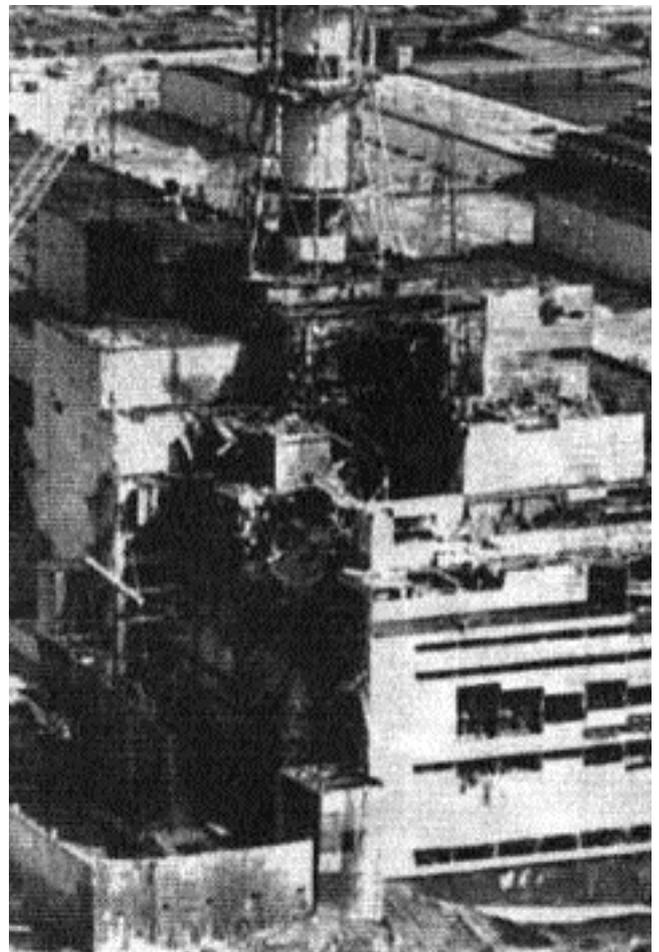
Zum Jahrestag der Katastrophe hatte das Celler Forum gegen Atomenergie im April VertreterInnen der BI Südheide und der BI Lüchow-Dannenberg eingeladen, die zur humanitären Situation in Weißrussland und der Folgenlosigkeit des GAUs für die deutsche Atompolitik referierten.

Johanna Ottermann berichtete mit einem Dia-Vortrag über eine Reise nach Weißrussland, die sie im vergangenen Jahr unternommen hatte. Neben der Ukraine und Teilen Russlands sind besonders auch die Menschen betroffen, die in Weißrussland leben. Die gesundheitliche, wirtschaftliche und ökologische Zukunft ganzer Regionen ist hier für Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte zerstört. Rund neun Millionen Menschen leben in potentiell gesundheitsgefährdenden Gebieten, die teilweise mit einer Strahlung von mehr als 185.000 Becquerel pro Quadratmeter Boden belastet sind. Allein in der Ukraine werden offiziell über drei Millionen Menschen als Tschernobyl-Betroffene eingestuft. WHO geht davon aus, dass gesicherte Erkenntnisse über das tatsächliche Ausmaß von Tschernobyl frühestens in 20 Jahren vorliegen werden.

Mit Professor Wassili Nesterenko hat die BI Südheide einen wichtigen Kontaktmann, der die Hermannsbürger Reisegruppe über die Situation vor Ort informieren konnte. Der Atomphysiker war unmittelbar nach dem Unfall mit einer dreiköpfigen Hubschrauberbesatzung über das AKW geflogen. Ein Besatzungsmitglied ist mittlerweile an Krebs gestorben, ein anderes erkrankt und der dritte hat Selbstmord begangen. Auch Nesterenko ist schwer erkrankt. Insgesamt waren nach dem Unfall etwa 800.000 Personen zu Dekontaminationsarbeiten am zerstörten Reaktorblock eingesetzt worden. Von diesen Helfern, im sowjetischen Sprachgebrauch "Liquidatoren" genannt, sind bis heute mindestens 7.000 Menschen verstorben. Über die Zahl der

erkrankten Liquidatoren liegen keine gesicherten Daten vor. Die WHO spricht jedoch von etwa 125.000 Erkrankten.

Die Strahlenschäden beschränken sich jedoch keineswegs auf die Liquidatoren. Nach einem Bericht der UNO erkrankten die Bewohner der strahlenbelasteten Regionen in der Ukraine insgesamt um 30 Prozent häufiger als ihre Landsleute in unbelasteten Gebieten. Unter den Heranwachsenden in Weißrussland haben Erkrankungen des Blutkreislaufs seit 1988 um 43 Prozent zugenommen, Knochen und Muskelkrankheiten um 62 Prozent, bösartige Tumore um 38 Prozent. Zudem wird von häufigen Missbildungen bei Neugeborenen berichtet. Zwölf Prozent der 540.000 Kinder, die in den kontaminierten Gebieten Weißrusslands leben, sind bereits krank. Besonders dramatisch und alarmierend ist der Anstieg bei den Schilddrüsenkrebs-Erkrankungen. Gegenüber der Situation vor dem Unfall tritt dieser normalerweise ganz seltene Krebs in hochbelasteten Regionen rund 300mal häufiger und erheblich aggressiver auf, und es muss in den kommenden Jahren noch mit Zehntausenden Erkrankungen durch Schilddrüsenkrebs gerechnet werden.



Die Hermannsbürger BI Südheide organisierte in den letzten Jahren zum einen Ferientage für Tschernobyl-Kinder in der Lüneburger Heide, zum anderen sammelte man Spenden für kleinere Projekte in Weißrussland etwa den Einsatz eines von Nesterenko konstruierten Strahlen-Messstuhls, der in Schulen eingesetzt wird, oder der Ausgabe eines Medikaments, von dem die Senkung der Auswirkungen der Strahlenbelastung erhofft wird.

Zur Illustration erzählte Johanna Ottermann von ihren Eindrücken in dem 200 km von Tschernobyl entfernten Korma. Es sei z.B. bedrückend zu sehen, dass der Schulsport nur noch in Turnhallen stattfinden könne. Johanna Ottermann konnte bei einer Fahrt durch die nahe gelegene Sperrzone beobachten, dass selbst in diesen hoch verstrahlten Zonen noch Landwirtschaft betrieben wird. Auf ihre Fragen sei ihr mit dem Spruch begegnet worden: "Lieber morgen an der Strahlung sterben, als heute an Hunger." Ähnlich ist die Situation im privaten Gartenbau. Obwohl der hoch belastete Fluss Dnjeper jedes Jahr über die Ufer trete und so die Gärten der Anwohner überflute, würde Gemüse angebaut und gegessen. Auch würden sich die Menschen immer noch Brennholz aus diesen Zonen holen, obwohl sie wüssten, dass dieses Holz beim Verbrennen große Mengen an Radioaktivität freisetzt.

Von der BI Lüchow-Dannenberg waren der frisch gewählte neue Sprecher, Francis Althoff, sowie Katrin und Charlotte Grasnik gekommen. Althoff skizzierte kurz, warum der sogenannte Atomkonsens im Ergebnis eine Bestandsgarantie für die laufenden AKWs sei. Er machte klar, dass es sich nicht um einen gesellschaftlichen Konsens handele, sondern um einen Deal zwischen Politik und Energiewirtschaft. SPD und Bündnisgrüne hätten sich dabei in nicht nachzuvollziehender Weise von den Aussagen ihrer Programme verabschiedet. Nach Tschernobyl habe die SPD am 26.08.1986 auf ihrem Nürnberger Parteitag beschlossen, nach einer Regierungsübernahme den Atomausstieg innerhalb von zehn Jahren zu realisieren. Die Bündnisgrünen hätten noch im letzten Bundestagswahlkampf den Sofortausstieg auf ihre Fahnen geschrieben und sich mit einem Gutachten bestätigen lassen, dass verfassungsrechtlich ein Ausstieg binnen 5 Jahren möglich sei. Die rot-grüne Bundesregierung habe dies über den Haufen geworfen und im Ergebnis der Atomwirtschaft genehmigt, die bestehenden AKWs bis zur Schrottreife zu betreiben. Der sogenannte Atomkonsens, darauf wies Kathrin Grasnik hin, erlaube in den nächsten Jahrzehnten die Produktion von noch einmal der gleichen Menge Atomstrom und damit auch Atommüll wie von der Inbetriebnahme des ersten Reaktors bis heute. Sie wies auf den verrückten Widerspruch der rot-grünen Politik hin: Entweder Atomanlagen sind gefährlich, dann gehörten sie sofort abgeschaltet, oder sie sind es nicht, dann aber müsse man nicht so tun, als ob man aussteigen wolle.

Die ReferentInnen machten an einigen Beispielen deutlich, dass sich die Situation in Folge des Atomkonsenses nicht verbessert, sondern im Gegenteil verschlechtert habe. So garantiere der Bestandsschutz den Betrieb, ohne weiterhin wenigstens die sicherheitstechnische Verbesserung entlang neuer Erkenntnisse einzufordern.

Völlig ungeklärt sei weiterhin die Frage der

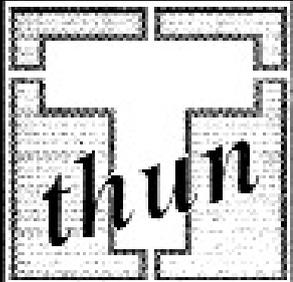
Atommülllagerung. Die von Rot-Grün beschlossenen Zwischenlager an den AKWs dienten einzig dazu, Proteste bei Transporten zu vermeiden. Die Zwischenlagerung in Gorleben sei skandalös. Althoff berichtete z.B., dass in den USA Castor-ähnliche Behälter einfach in die Wüste gestellt würden. Dies aber mit 500 Meter Abstand zwischen den Behältern, damit im Falle eines Flugzeugabsturzes vielleicht nur einer oder wenige in Mitleidenschaft gezogen würden. Vor dem Hintergrund dieser Absurdität werde das potenzierte Gefährdungspotenzial in der besseren Scheune des Zwischenlagers Gorleben deutlich, in der über 150 Behälter dicht an dicht stehen (sollen).

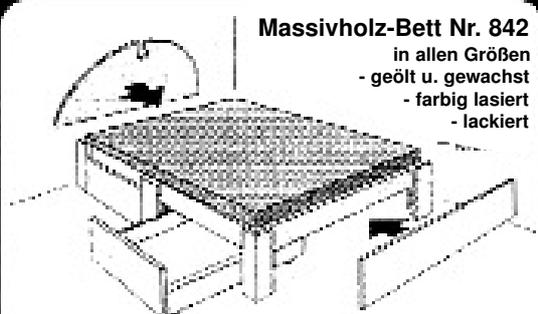
Die Atomkraftgegner aus dem Wendland machten die Celler VeranstaltungsbesucherInnen weiter darauf aufmerksam, dass zunehmend Realität werde, was Robert Jungk in seinem Buch "Der Atomstaat" als demokratiegefährdendes Potenzial der Atomwirtschaft prognostiziert habe. Das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit sei im Landkreis Lüchow-Dannenberg praktisch nicht mehr vorhanden, während auf der anderen Seite der Staat mit seinem gigantischen, von Steuerzahlern finanzierten Polizeieinsatz der Industrie den privaten Wachschatz für ihr gefährliches Geschäft ersetze.

Dennoch, so das Fazit, solle niemand angesichts der unverantwortlichen Atompolitik und der zunehmenden Repression resignieren. Im November stehe der nächste Transport an, und mit versammelter Fantasie könne erneut ein erfolgreiches Querstellen gelingen.

Anzeige:

Massivholzmöbel  
Regalsysteme  
Orthop. Matratzen  
Handgewebte Stoffe  
Naturfarben





**Massivholz-Bett Nr. 842**  
in allen Größen  
- geölt u. gewachst  
- farbig lasiert  
- lackiert

Reichhaltiges Zubehör, viele Varianten möglich  
Prospekt anfordern!

Celle - Tel. 05141 / 31247 - Fax 33769  
Mo.-Fr. 10.00-13.00 + 15.00-18.00 - Sa. 10.00-12.30  
Mi. nachmittags geschlossen

**Am Wasserturm 35h**  
**29223 Celle**

## Teurer Gruß

Zu einer Geldstrafe in Höhe von 400 Euro verurteilte das Jugendgericht Celle im April einen 21-jährigen Auszubildenden, weil er den sogenannten Hitler-Gruß gezeigt hatte. Nach Aussagen mehrerer Zeugen hatte der Angeklagte im Oktober 2000 im Streit eine Party in Winsen verlassen und zum Abschied provozierend den Arm zum "Hitler-Gruß" gehoben und die Hacken zusammengeschlagen. Dies erfüllt den Straftatbestand der "Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen".

## Kein Kassenbon für Flüchtlinge

Die Vergabe von Einkaufsgutscheinen statt Bargeld an Flüchtlinge ist ja ein bekannt diskriminierendes Übel. Im April hat die Verwaltung in Celle nochmal ein klein bisschen an der Schraube gedreht: Wer mit Gutscheinen bezahlt, bekommt jetzt den Kassenbeleg nicht mehr ausgehändigt. Er soll künftig vom Laden mit dem Gutschein zu Verrechnung eingereicht werden. Im Alltag hat's nervige Konsequenzen, weil zu Hause so gar nicht mehr nachzuvollziehen ist, was wie viel gekostet hat. Das wäre zwar für lange in Deutschland lebende Menschen kein großes Problem, die die Preise halbwegs kennen und - zumeist - auch nicht jeden Cent dreimal umdrehen müssen. Für Flüchtlinge ist das eine ganz andre Sache. - Auch wer jemand anderem etwas mitbringen will, zum Beispiel weil derjenige krank ist oder sonst für einen Liter Frischmilch auch noch zwei Kilometer fahren müsste (denn natürlich nimmt nicht jeder Laden Gutscheine), hat anschließend Probleme zu belegen, was er denn nun für das Produkt bezahlt hat. Unter rechtlichen Gesichtspunkten ist es bei dieser Handhabe für Flüchtlinge praktisch ausgeschlossen, mangelhafte Ware zurückzugeben, denn das geht bekanntlich nur mit Kassenbon. Und dass es der Celler Stadtverwaltung damit möglich ist, die

Einkaufsgewohnheiten einer vergleichsweise kleinen Bevölkerungsgruppe praktisch bis auf den Klopapierverbrauch pro Person zu ermitteln, sollte zumindest auch jene empören, die vor 15 Jahren mal die Volkszählung boykottieren wollten.

## 18 Monate Gefängnis für PKK-Funktionär

Zu 18 Monaten Gefängnis hat das OLG Celle den 31-jährigen Kurden Kazim E. verurteilt. Er habe in der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) Führungsaufgaben ausgeübt, beim Schleusen von Gesinnungsgenossen und Organisieren gefälschter Pässe geholfen. Nach genau einem Jahr U-Haft und Gefängnis wurde der kurdische Politiker aber am 22. April 2002 aus der Haft entlassen und in die Niederlande abgeschoben, wo er vor seiner Verhaftung politisches Asyl beantragt hatte. - Der Rechtshilfeverein AZADI begrüßte in einer Erklärung die Freilassung. Vor dem Hintergrund der auf dem 8. Parteikongress der PKK beschlossenen fundamentalen Veränderungen seien die politisch Verantwortlichen in Deutschland aufgerufen, das PKK-Verbot aufzuheben. Es müsse den Kurdinnen und Kurden ermöglicht werden, ihrer politische Arbeit nachzugehen, ohne ständig von Strafverfolgung bedroht zu werden.

## Unsere Luftwaffe - Tausende geil auf Tötungsgerätschaften

An vier Tagen Ende April 2002 versuchte die Bundeswehr auf dem Celler Schützenplatz unter Beweis zu stellen, dass Tornados und Raketen nur menschenfreundlichen Zwecken dienen. Und so sah mensch keine Bilder von den Bombenopfern der NATO in Jugoslawien oder Afghanistan, erfuhr nichts über die Wirkung von Splitterbomben und wurde auch nicht über die Langzeitwirkungen von



Uranmunition informiert. Stattdessen erfuhren die - nach offiziellen Angaben - 15.000 BesucherInnen, dass "Unsere Luftwaffe" Arbeitsplätze schafft (schon 15-jährige konnten den originalen Arbeitsplatz eines Bomberpiloten austesten), Menschenleben rettet (wie ein Rettungshubschrauber demonstrierte), den Hunger stillt (mit Original-Bundeswehr-Erbseneintopf), Brände löscht (ein Löschfahrzeug zeigte, wie es geht), Gesundheitsvorsorge betreibt (mit Blut- und Sehtests durch BW-Sanitäter), fit hält (an der Hinderniswand zeigten Soldaten ihr Können). Nur auf einen Programmpunkt verzichtete man am letzten Tag kurz nach dem Massenmord an einem Erfurter Gymnasium: die sogenannte Bundeswehr-Modenschau, also auf das einzige, was nicht auf die Waffengeilheit der Besucher zielte. Bei soviel Menschlichkeit, Bürgernähe und "tollen Aktionen" vergaßen alle, dass Waffen - und auch die "Unserer Luftwaffe" - zum Töten da sind. Und sie wurden und werden eingesetzt. Der eigentliche Job der Bundeswehr ist nicht die Ausrichtung von Wohltätigkeitskonzerte, Modenschauen und die Ausgabe von Erbseneintöpfe, sondern: kämpfen, Kriege führen und töten. Allein 14 Schulklassen hatten sich nach Aussage des BW-Presseoffiziers angemeldet, um sich mit einer mackerhaften Waffenschau darüber täuschen zu lassen, dass "unsere Luftwaffe" im NATO-Krieg gegen Jugoslawien an der Tötung von rund 1.500 Menschen beteiligt war, darunter 81 Kinder.

# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

## Celler Kinderzirkus Teil eines Modellprojekts gegen Rechtsradikalismus

Unter Federführung des niedersächsischen Landeskriminalamts (LKA) startet im Sommer ein 192.000 Euro teures Modellprojekt gegen Rechtsextremismus, an dem sich unter anderem eine Schule, ein Kinderzirkus und der Landesmusikrat beteiligen. Das Präventionsprojekt soll besonders Jugendliche sowie Lehrer und Ausbildungsbetriebe einbeziehen. Neu an dem Projekt wird vor allem eine Informationsdatenbank im Internet für Schulen und Lehrbetriebe sein. Die Braunschweiger "Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt" will Unterrichtsmaterial, Fachliteratur, Vorschläge für Betriebsvereinbarungen zum Thema Rassismus sowie Statistiken bereit stellen. Weil die LKA-Experten Musik mit volksverhetzendem und antisemitischem Inhalt als "Einstiegsdroge" in die Skinhead-Szene sehen, gibt es in dem Modellprojekt auch eine Art Gegenangebot. Pädagogen werden mit dem "Musikmobil" des Landesmusikrates - ein mit Instrumenten ausgestatteter Lastwagen - überall im Land Workshops für Jugendliche anbieten. Außerdem wird das LKA mit der Kooperativen Gesamtschule Wiesmoor und mit dem Kinderzirkus "Knalltüte" aus Celle zusammenarbeiten, die ebenfalls Projekte "für Toleranz und Verständigung" auf die Beine stellen. Die niedersächsische Lotto-Stiftung fördert das unbefristete Modellprojekt im ersten Jahr mit 42.000 Euro.

## ECLA bleibt in Berlin

Mit großer Mehrheit hat sich das Kuratorium des European College of Liberal Arts (ECLA) im April gegen Celle und für den Standort Berlin-Buch entschieden. Noch im vergangenen Sommer hatte Oberbürgermeister Biermann nach einem Besuch in Berlin getönt, die Chancen für die Ansiedlung

der Privatuni in Celle stünden 70:30. Verwaltungsspitze und eine breite Ratsmehrheit hatten gegenüber den Uni-Gründern signalisiert, beträchtliche Mittel für die Ansiedlung der Uni auf dem Kasernengelände "Hohe Wende" einsetzen zu wollen. Gegenüber der Öffentlichkeit war allerdings nie eine konkrete Zahl genannt worden. - Für Realisten war im Grunde seit langem klar, dass Celle keine Chancen hat (revista äußerte von Beginn an Zweifel.) Verwaltungsspitze und Politik in Celle aber träumten bis zum Schluss, mangelnde Unterstützung durch das Land einfach ignorierend. Doch Biermann sah keinen Anlass zu Selbstkritik, sondern verkündete, man bemühe sich weiter darum, Celle zum Hochschulstandort zu machen. Die Diskussionen laufen anscheinend in Richtung komplementärer Medizin; auch hier aber fehlt bislang jeder Ansatz einer kritischen Aufarbeitung der zumeist wenig erfolgreichen Projekte der letzten Jahre, die erhebliche Summen verschlungen haben, ohne die "Standortqualität" Celles zu verbessern (wenn das denn ein Kriterium sein soll).



## Gewerkschaften kritisieren Rot-Grün

Sicherlich hing's eher mit dem Wetter zusammen als mit der "Attraktivität" von Peter Struck; doch so schlecht wie dieses Jahr war der Besuch bei der 1.Mai-Veranstaltung des DGB lange nicht. Auf der anderen Seite ist der Chef der SPD-Fraktion als diesjähriger Hauptredner in Celle für viele GewerkschafterInnen wirklich eine

Zumutung, denn unterm Strich hat Rot-Grün in den vergangenen vier Jahren die Verteilung von unten nach oben weiter vorangetrieben. Und so soll es ja weitergehen, wie die beabsichtigte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe signalisiert. Das war dann auch ein wichtiger Punkt in der Kritik des Celler Gewerkschaftssekretärs Tom Seibert an der Regierungspolitik. Beim sogenannten "Mahl der Arbeit", einer SPD-Veranstaltung am Vorabend des 1. Mai, versuchte Struck sich mit der Phrase herauszureden, es sei lediglich eine "Verzahnung" geplant und die Befürchtung, die Arbeitslosenhilfe werde auf Sozialhilfeniveau gesenkt, sei unbegründet. Wer's glaubt, kann ja Sozialdemokrat werden.

## WBG-Verkauf: 200.000 Euro für Gutachten?

Die Verwaltungsspitze bastelt weiter am Verkauf der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft (WBG). Ende April wollten Biermann und Gonell von den Parteien im Verwaltungsausschuss 200.000 Euro für ein Gutachten einer Beratungsgesellschaft bewilligt bekommen. Aber sie liefen damit auf. Die CDU-Fraktionsvorsitzende Peters meinte, dass entspreche nun überhaupt nicht dem, womit der Rat die Verwaltung beauftragt hätte. Erstmal würde es ja wohl darum gehen, sich intern einen Überblick zu beschaffen.

## Feleknas Uca mit EP- Delegation in Dschenin

Ende April war die Celler PDS-Abgeordnete Feleknas Uca mit einer Delegation des Europäischen Parlaments, die sich aus 19 Abgeordneten verschiedener Fraktionen zusammengesetzte, in Israel, Palästina und auch im Flüchtlingslager Dschenin. Die Abgeordnete zeigte sich anschließend geschockt über die katastrophale Situation: "In Dschenin wurde nach

# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

dem Einmarsch der israelischen Armee am 4. April alles in Schutt und Asche gelegt; die Häuser sind völlig zerstört, die Stromleitungen wurden mit den Bulldozern umgefahren, das Krankenhaus wurde angegriffen, Krankenwagen wurden von der Armee zerstört. Man weiß nicht genau, wie viele Tote unter den Trümmern liegen, aber, dass es Tote gibt, riecht man." Vor dem Hintergrund dieser Bilder sprach sich Feleknas Uca für die Einsetzung einer UN-Untersuchungskommission aus.

## CDU-Kreisparteitag gegen Änderung des Waffengesetzes - Hedrich ist für Höflichkeit

Als unzumutbare Belastung legaler Waffenbesitzer hatte der Kreisparteitag Mitte März den Gesetzentwurf der



Bundesregierung zur Änderung des Waffengesetzes abgelehnt. Lediglich 3,2% aller mit Schusswaffen verübten Straftaten, so das Argument. würden mit Waffen aus legalem Besitz verübt. Die Bundesregierung sei, heißt es in einer Presseerklärung der Celler CDU, "von einem tiefen Misstrauen gegenüber Bürgern beseelt, die im Rahmen der Jagd oder ihres sportlichen Hobbys in unseren traditionellen Schützenvereinen gesetzestreu und solide mit Waffen umgehen." - Das war vor Erfurt. Danach bekannte sich ihr Bundestagsvorturner Hedrich selbstverständlich zur Notwendigkeit eines restriktiveren Waffengesetzes, aber die wahren Schuldigen sah er in Rudi Dutschke, Che Guevara und Fritz Teufel, denn: "Unserer Jugend müssen wieder Werte wie gegenseitiger Respekt, Verantwortungsbewusstsein, Höflichkeit und Anerkennung von Autoritätspersonen vermittelt werden.

Leider haben wir in den letzten Jahrzehnten nach der sogenannten '68er-Revolution' eine Entwicklung erlebt, in der alles, was mit Werten zu tun hatte, als anachronistisch abgetan wurde und unter die Räder kam. An dieser Wurzel des Übels gilt es jetzt anzusetzen." Jawoll!

## Grüne fordern Verkauf der Union

Jahr für Jahr bezuschusst die Stadt Celle den Betrieb der Congress Union mit 1,5 bis 2 Millionen Euro. Das sind pro Tag rund 5000 Euro. Als die Union vor rund 10 Jahren mit Neubau und neuer Struktur an den Start ging, prognostizierten Verwaltungsspitze und CDU für das Congress-Zentrum noch eine rosige Zukunft und eine positive Bilanz. Davon will heute niemand mehr etwas wissen, als letzte Ausrede für das selbst eingebrockte Debakel bleibt die sogenannte Umwegrentabilität. Auswärtige BesucherInnen würden zusätzliches Geld in die Kassen der Celler Geschäfte und Hotels bringen.

Erstaunlicherweise rief der Verkaufsvorschlag der Grünen keine empörten Reaktionen hervor. Zwar hatten sich CDU und SPD nach Aussage ihrer Fraktionsvorsitzenden nicht mit dem Thema auseinander gesetzt, für die Verwaltungsspitze zeigte sich aber Stadtkämmerer Gonell durchaus offen für die Idee. Und ein Interessent scheint mit dem Fürstenhof schon am Start zu stehen.

## Sprachkurse in Gefahr

Während in allen Talkrunden von der Notwendigkeit der Ausländerintegration geschwafelt wird, sind nach Aussagen Celler Bildungseinrichtungen die Sprachkurse für AusländerInnen aufgrund fehlender Finanzierungszusagen äußerst gefähr-

det. Verschiedene Träger bieten in Stadt und Landkreis Sprachkurse für AusländerInnen und AussiedlerInnen an. Die Fortführung manche dieser Kurse nach der Sommerpause ist gefährdet, da der Bund offenbar die weitere Förderung ablehnt.

## Unfreiwilliger Tiefflug?

Was die "Celleschen Zeitung" noch als donnerndes "Top-Gun"-Spektakel abfeierte, ließ einige Familien in Wathlingen erzittern. Nur wenige Meter sei ein Kampffjet über die Dächer ihrer Häuser geflogen, und man habe nicht den Eindruck gehabt, dass dies ein freiwilliger Tiefflug gewesen sei. Doch offiziell wollte niemand sich das sogenannte "Fly Out" des Heeresfliegerregiments 16 in Wietzenbruch vermiesen lassen, das im April zur Auflösung des Verbandes veranstaltet wurde.

## Hermannsbürger wollen Abschiebung verhindern

In Hermannsburg hat sich im April ein Arbeitskreis Asyl gegründet, um die drohende Abschiebung einer fünfköpfi-



gen tschetschenischen Familie zu verhindern. Die Familie war im Januar 2001 nach Deutschland geflohen, nachdem eine Tochter durch die Kriegshandlungen verletzt worden war. Nachdem ihr Asylantrag abgelehnt

# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

wurde, forderte der Landkreis Celle die Familie nun auf, Deutschland unverzüglich zu verlassen. Der Arbeitskreis Asyl sieht in diesem Fall einen Verstoß gegen Menschenrechte, denn Tschetschenen hätten in der Russischen Föderation aufgrund staatlicher Anordnungen Diskriminierungen zu erleiden.

## **Bündnisgrüne: Mit fünf Stimmen zum Landtagskandidaten gekürt**

Mit Georgia Langhans und Hans-Albert Lennartz wählten die Celler Bündnisgrünen ihre Direktkandidaten für die Landtagswahl im kommenden Frühjahr. Langhans wurde bei einer Enthaltung für den Wahlbereich Celle-Stadt aufgestellt. Der ehemalige hannoversche Regierungspräsident Lennartz musste sich gegen den 19-jährigen Wathlinger Stefan Hauke behaupten; er erreichte mit fünf gegen drei Stimmen die Mehrheit. Während die CZ aus den Kandidaten-"Querelen" eine "Story" zu machen versuchte, können wir uns nur darüber wundern, dass ganze acht (!) Mitglieder - einschließlich des einen Kandidaten - sich für die Aufstellung ihrer Landtagskandidaten interessierten.

## **Markus Mohr im Bunten Haus**

Mit einem pointierten, witzigen und gleichwohl informativen Dia-Vortrag machte der Berliner Autor Markus Mohr im Bunten Haus deutlich, dass sich über Plakate der autonomen und alternativen Bewegungen nicht nur Geschichten erzählen lassen, sondern sich in ihnen auch Geschichte spiegelt. Mohr ist aufgewachsen in Brunsbüttel und so fast zwangsläufig in der Anti-AKW-Bewegung politisiert worden. So konnte seine Sympathie für Plakate mit dem Symbol der faustschüttelnden Sonne genauso wenig überraschen wie seine bissigen Bemerkungen über jene

AKW-"Gegner", die heute lieber auf Regierungsbänken statt auf der Straße sitzen. Seit den 1980er Jahren lebt Mohr in Berlin und versteht sich im weiten Sinn als antiautoritärer Autonomer. Von dieser Warte aus bekamen dann nicht nur die ML-Gruppen und ihre an den 1920er Jahren orientierte Plakatästhetik ihr Fett weg, Markus Mohr zeigte auch die Schwächen bei Plakaten autonomer Gruppen auf. Trotz alledem waren seine Geschichten zur Geschichte auch Mut-Macher, denn bei allen Fehleinschätzungen im Detail verweisen die Plakate der unkontrollierten Bewegungen, ihre Slogans und Motive auf weltweit uneingelöste Hoffnungen und das Streben nach Freiheit und Glück. Für die die leider nur gut 20 BesucherInnen sei nachgeschoben, was einige überraschen wird. Der da mit ungewöhnlicher Power das neue Plakatbuch "vorwärts bis zum nieder mit" vorstellte, hat jüngst mit einer Arbeit über "Die Gewerkschaften und der Atomkonflikt" promoviert, die beim Verlag "Westfälisches Dampfboot" veröffentlicht wurde. Ein Autonomer mit Dokortitel also - halt wieder mal "starker Tobak" im Bunten Haus.

## **Newsletter Bergen-Belsen**

Die Gedenkstätte Bergen-Belsen hat im April erstmal "newsletter" herausgebracht. Die erste Ausgabe informiert auf

20 Seiten über die laufenden Forschungsprojekte zum Kriegsgefangenenlager, zu einzelnen KZ-Häftlingsgruppen und zum DP-Camp. Der "newsletter" gibt eine knappe Übersicht, ist mit zum Teil eher unbekanntes Fotos illustriert und nennt die Ansprechpartner für die Teilprojekte. Er kann über die Gedenkstätte kostenlos angefordert werden (Bergen-Belsen@t-online.de).

## **Nie mehr Gelöbnis?**

"Letztes großes Gelöbnis in Garnisonsstadt" titelte die CZ, nachdem Ende Mai in Wietzenbruch 800 Rekruten in der Immelmann-Kaserne gelobten, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen (bekanntlich seit einigen Jahren in aller Welt). Nach der Auflösung des Heeresfliegerregiments in Wietzenbruch werden die "Flieger" künftig in Fassberg vereidigt, so dass Celle von militaristischen Spektakeln dieser Art verschont bleibt, denn auch die Panzerfahrer geloben demnächst nicht mehr in Scheuen, sondern in Munster.

## **Mobil Oil geht nach Hannover**

Celles in den letzten Jahren größter Gewerbesteuerzahler, die Mobil



# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

Erdgas-Erdöl GmbH, verlässt Celle in Richtung Hannover. Wie viele der 180 Beschäftigten künftig nach Hannover pendeln müssen oder ihr Geld zwischenzeitlich bzw. langfristig aus Nürnberg beziehen werden, ist noch unklar. Nach der Gründung einer neuen gemeinsamen Produktionsgesellschaft der Celler Mobil mit der hannoverschen BEB Erdöl GmbH gaben in der Landeshauptstadt vorhandene Verwaltungsgebäude den Ausschlag für die Schließung des Celler Standorts. Der Celler Kämmerer Gonell bezeichnete dies als "schweren Schlag für die Stadt". Der Verlust an Gewerbesteueraufkommen sei nicht zu kompensieren. - Immerhin kann Oberbürgermeister Biermann so demnächst ein weiteres leeres Gebäude für eine universitäre Einrichtung feilbieten.

## FDP bricht Tabus - fragt sich nur welche?

Als der Skandal um Jürgen W. Möllemann gerade von den Titelseiten verschwand, befragte die CZ auch die Vorsitzenden der Stadtrats- bzw. Kreistagsfraktionen der FDP, Falkenhagen und Bode. Sie sahen ihre Partei in der Rolle des Tabu-Brechers, weil sie die Politik Israels kritisiere und lenkten damit vom eigentlichen Skandal ab. Denn Selbstverständlich kann Israel kritisiert werden, und es wird in Deutschland seit Monaten in allen

Medien gemacht. Hier kann einen höchstens wundern, dass es bei vielen mit Vorliebe die Politik Israels ist, die auf dem Prüfstand steht, während die ganze andere Staatenwelt eher selten Ratschläge deutscher Bürger und Politiker zu erwarten hat. Der eigentliche Skandal war jedoch Möllemanns Vorwurf an den Vize-Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Michel Friedmann, er fördere den Antisemitismus. Hier wurde völlig unkaschiert mit dem Stereotyp hantiert, die Juden seien selber schuld, sie seien die Ursache der ihnen entgegengebrachten Abneigung. Hierauf gingen die lokalen FDP-Größen im CZ-Artikel mit keinem Wort ein. Das aber war der Tabubruch, die Überschreitung einer Grenze, die unter den Bundestagsparteien in den letzten Jahren relativ gesichert schien. Dahinter muss Kalkül vermutet werden. Da Falkenhagen selbst das seinerzeit von ihm skandalisierte Thema "Ausländerkriminalität" in diesen Zusammenhang stellte, wurde auch deutlich welches. Für ihre hochgesteckten Wahlziele will die FDP antisemitische Ressentiments ansprechen, für die - wie in den 1980er Jahren die "Sinus"-Studie ergab - gut die Hälfte der Bundesdeutschen anfällig ist. - Dass dies auch für Schröder eine relevante Wählergruppe ist, ist durch das am symbolträchtigen 8. Mai inszenierte Gespräch mit Martin Walser belegt, dessen neuen Roman die FAZ nicht im Vorabdruck bringt, weil er ein breites Repertoire antisemitischer Klischees aufweist.



"Die Geister, die ich rief ..." - Neonazis in Leipzig

## Georgia Langhans auf Platz 3

Georgia Langhans hat gute Chancen, als erste Celler Bündnisgrüne in den niedersächsischen Landtag einzuziehen. Auf dem Landesparteitag in Uelzen gewann sie gegen die Landesvorsitzende

Heidi Tischmann den dritten Listenplatz, der - überspringen die Grünen die 5 %-Hürde - der Cellerin ein Landtagsmandat beschert. Langhans wird als "Nachrückerin" noch in der laufenden Legislaturperiode einen Landtagssessel besetzen können.

## Schaa parteilos

Das Celler Ratsmitglied Klaus Schaa teilte im Mai mit, die Partei "Die Republikaner" aus persönlichen Gründen verlassen zu haben. Aktuell werden noch Wetten angenommen, welcher Fraktion sich Schaa nach einer Schamfrist anschließen wird: CDU - wie sein REP-Vorgänger Großmann - oder vielleicht mal FDP?

## Ex- REP im Selbsthilfebeirat

Der "Republikaner" Klaus Schaa gab bei einer Ratssitzung im Mai bekannt, aus persönlichen Gründen nicht mehr Mitglied der rechtsextremistischen Partei ist. "Freuen" dürfen sich die übrigen Mitglieder des Selbsthilfebeirats, eines gewählten Gremiums der Celler Selbsthilfegruppen. Denn als Vertreter der Tinnituis- und Morbus Menière SHG ist der Ex-REP seit Mai Mitglied des Gremiums.

## "Krieg ist Frieden" in Wunstorf

Gut hundert AntimilitaristInnen "belagerten" am 1. Juni den Fliegerhorst Wunstorf. Aufgerufen hatte ein Aktionsbündnis aus Hannover / Wunstorf / Neustadt. Mit einer abwechslungsreichen und informativen Kundgebung wurde der Fliegerhorst als Standort zur Vorbereitung und Durchführung vergangener und jetziger Kriegseinsätze "geoutet". Bereits 1937 wurden, wie Hubert Briden von der Geschichtswerkstatt Neustadt berichtete, Kampfflieger aus Wunstorf nach

# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES



Spanien geschickt, um das gegen die Republik putschende Militär zu unterstützen. Besatzungen aus Wunstorf bombardierten die baskischen Stadt

Gernika (Guernica), die zum Symbol für militärischen Terror gegen die Zivilbevölkerung wurde. Heute ist das Lufttransportgeschwader 62 (LTG 62) der Bundeswehr auf dem Fliegerhorst stationiert, das als Teil der "Krisenreaktionskräfte" seit Jahren in alle wichtigen Auslandseinsätze der Bundeswehr eingebunden ist. In weiteren Redebeiträgen, u.a. von der Roten Aktion Kornstraße (RAK) wurde darauf hingewiesen, dass Deutschland die Beschränkungen seiner Großmachtsambitionen mit der Wiedervereinigung abgeschüttelt hat, und es wieder "normal" ist, Militär zur Durchsetzung eigener Ziele einzusetzen, auch wenn für die Zustimmung der Bevölkerung die Kriege "humanitäre Intervention" genannt werden.

## Ausländeranteil im LK Celle geht zurück

Ein von der Landkreisverwaltung erarbeiteter "Sozialatlas" wird ausweisen, dass der Ausländeranteil im LK Celle von 1995, wo er bei 6,2 % lag, auf

5,7 % im Jahr 2000 zurückgegangen ist. Der Anteil der BürgerInnen ohne deutschen Pass ist in Bergen (8,1 %), Wietze (7,9 %) und der Stadt Celle (7,1 %) im LK am höchsten, in Lachendorf (3,1 %), Hambühren (3,3 %), Hermannsburg und Eschede (3,5 %) am niedrigsten. Unter den fremden Pässen ist der türkische mit 42,5 % (2000) am häufigsten vertreten. Der Rückgang des Ausländeranteils wird zum einen durch den Wegzug wegen geringer Arbeitsmarkchancen, zum anderen durch die Einbürgerung erklärt.

## Landrat Wiswe - Nebenjob als IM?

Im April bat das "Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus" den Landrat des Landkreises Celle, Klaus Wiswe, für eine Podiumsdiskussion zur Situation von Flüchtlingen in Stadt und Landkreis Celle eineN VertreterIn für die Kreisverwaltung zu benennen. Stadt Celle und Arbeitsamt waren dieser Bitte problemlos nachgekommen, doch vom Celler Landrat erhielt das Forum folgendes Schreiben: "Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16.04.02. Bisher habe ich eine Zusammenarbeit mit dem Forum bekanntermaßen eher skeptisch beurteilt, weil der Eindruck entstanden war, dass die Verfassungstreue einiger Mitglieder des Forums zweifelhaft sein könnte. Bevor ich deshalb prüfe, ob es möglich ist, einen Vertreter des Landkreises zu Ihrer Veranstaltung zu entsenden, bitte ich um Mitteilung, aus welchen Mitgliedern bzw. Organisationen sich das Forum nun zusammensetzt und welche Personen für diese Organisationen im Forum mitarbeiten." Die TeilnehmerInnen des darauf folgenden Forumsplenums wiesen empört und einhellig dieses Ansinnen zurück. In der Tat lässt sich nur kopfschüttelnd fragen, ob der Landrat einen Nebenjob als

"Informeller Mitarbeiter" beim Verfassungsschutz hat oder anstrebt. Wiswe selbst hielt - zur Erinnerung - im Januar 2001 vor dem Landfrauenverein in Bergen eine Vortrag, den die CZ mit dem Titel "Völkerwanderung heute - Angst vor Überfremdung" ankündigte. Uns erinnert dieser Themenstellung und Begrifflichkeit frappant an Veranstaltungen von Gruppierungen, die im Unterschied zum "Forum" regelmäßig in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern auftauchen. Aber die ExpertInnen für "starken Tobak" sitzen ja in Wiswes CDU.

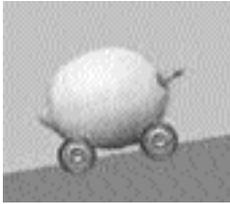


## FiF mit täglichen Öffnungszeiten

Der Treff "Frauen in der Fritzenwiese" (FiF) ist mit der Einstellung von Christiane David als ABM-Kraft jetzt montags bis donnerstags von 9 bis 12 Uhr, freitags bis 13 Uhr, sowie dienstags zwischen 15 und 16 Uhr und donnerstags zwischen 15 und 18 Uhr geöffnet.



# Ostumgehung: Erörterungstermin im Juni



Kurz nach unserem Redaktionsschluss finden in Nienhagen die ersten Erörterungstermine in Sachen Ostumgehung statt. Verhandelt wird der 1. Bauabschnitt von nördlich Ehlershausen bis südlich Celle. Für die rund tausend "privaten gleichförmigen Einwender" erhielten die Vertreterinnen dieser Sammeleinwender, Ruth Helen Overbeck und Annegret Pfützner, im März die Stellungnahme des Straßenbauamtes. Zwar wurde von seiten der Straßenbauer eingeräumt, "dass mit dem vorliegenden Abschnitt der weitere Verlauf der Ortsumgehung, d.h. Ost- oder Westumgehung, festgelegt wird." Im weiteren äußerte man sich aber nur zum 1. Bauabschnitt und wies auf zwei Seiten die Argumente der OstumgehungsgegnerInnen zurück.

Für die Kreisgruppe des Celler Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat Annegret Pfützner in einem Brief an die von ihr vertretenen Einwender noch einmal folgende Argumente hervorgehoben: "Obwohl die Stadt Celle mit der gleichen Trassenplanung bereits in den 70er/80er Jahren schon einmal wegen des fehlenden Nachweises a) der zwingenden Notwendigkeit und b) von Alternativenprüfungen endgültig vor den Verwaltungsgerichten gescheitert ist, versucht sie, das Projekt mit der falschen Behauptung, es gebe keine bessere Alternative, um die Celler Innenstadt vom Durchgangsverkehr zu entlasten, jetzt noch einmal mit aller Kraft durchzusetzen.

Der BUND hatte in seinem von Ihnen unterschriebenen Flugblatt einige der wichtigsten Argumente aus seiner insgesamt fast 50 Seiten starken Stellungnahme zu dem Projekt



zusammengefasst. Eine so aufwendige Schnellstraße von Westercelle bis hinter Groß Hehlen mit neuen Brücken über die Fuhse, die Aller und die Bundesbahngleise ist nicht nötig, weil der ganz überwiegende Teil des Celler Autoverkehrs aus der Stadt und dem Landkreis kommt, der Durchgangsverkehr dagegen nach neuesten Untersuchungen nur ganze 5 bis höchstens 10 Prozent ausmacht. Durch die in fünf Abschnitten geplante dreispurige Umgehungs-Schnellstraße im Osten von Celle würden wertvolle Biotope mit seltenen Pflanzen- und Tierarten in den Fuhse-, Aller und Lachte-Auen zerstört. Die von Süden begonnene Ostumgehung wäre also frühestens in 10 bis 15 Jahren zu Ende gebaut und auch erst dann verkehrswirksam. Es ist unverantwortlich, demnächst - also nach erfolgter "Planfeststellung" des 1. Bauabschnitts durch die Bezirksregierung in Lüneburg - mit dem Bau der Straße entsprechend den Wünschen der Stadt Celle und den Planungen des Straßenbauamtes südlich von Celle zu beginnen, weil damit der Trassenverlauf im Osten der Stadt unwiderruflich festgelegt würde - obwohl der Weiterbau im 3. Bauabschnitt mit über 90 prozentiger Wahrscheinlichkeit an Bestimmungen des Naturschutzrechtes der Europäischen Gemeinschaft scheitern wird und dann die beiden ersten Abschnitte bis zur B 214 (Braunschweiger Straße) überhaupt keinen Sinn mehr machen würden: Das Landschaftsschutzgebiet "Oberes Allertal" ist nämlich wegen seiner vielen selten gewordenen, aber dort noch vorhandenen Pflanzen- und Tierarten als FFF-Gebiet (Fauna-Flora-Habitat) gemäß der EU Richtlinie Nr. 92/43 EWG in Brüssel gemeldet und ganz besonders geschützt; so sehr, dass in solchen Gebieten eigentlich überhaupt nicht gebaut werden darf.

Das ganze Unternehmen "Ostumgehung" ist aber auch deshalb unsinnig, weil es mit dem bereits teilweise vierspurig Wilhelm-Heinichen-Ring im Südwesten Celles (wo auch die größten, "anziehenden" Gewerbegebiete der Stadt liegen) und seiner Verlängerung bis Klein Hehlen bereits eine fast fertige Ortsumgehungsstraße gibt. Um sie zu vollenden müssten weniger als 5 Kilometer Straße durch ökologisch vergleichsweise unbedeutendes Gelände bis hinter Groß Hehlen gebaut werden, um den Durchgangsverkehr auf der wichtigen Bundesstraße B 3 um Celle herumzuleiten."

Es ist jetzt schon ersichtlich, dass der Klageweg beschritten werden muss. Ein solcher Prozess kostet rund 12.000 Euro, weshalb der BUND schon jetzt um Spenden auf das Sonderkonto des BUND, Volksbank Burgdorf Celle (BLZ 25161322), Konto-Nummer 733202501 (Stichwort: Ostumgehung) bittet.

## **Estonia twelve points - l'Estonie douce points - oder: Geschichte, (nationale) Identität und das Fliegen**



Ein eigenartiges Foto ging 1989 für einige Tage durch die Fernsehmagazine: im Spätsommer des Jahres, am 23. August, konnten wir die Luftaufnahme einer Menschenkette entlang des Ostseestrandes sehen - rund zwei Millionen Menschen sollen sich bei den Händen gefasst haben; und diese Kette soll von Tallinn, Hauptstadt der estnischen SSR bis in die Stadt Vilnius, Hauptstadt der lettischen SSR, gereicht haben (es war der 50. Jahrestag des Molotow-Ribbentrop-Paktes).

Dies war einer der Höhepunkte der vom Westen so genannten "singenden Revolution" in den drei baltischen Staaten. Und in der Tat kostete der Weg dieser drei Staaten in die Unabhängigkeit von der ehemaligen SU "nur" neun Menschenleben, als an einem Abend die Besetzung des Sendeturmes in Riga militärisch beendet werden sollte.

Linke, denen das Selbstbestimmungsrecht der "Völker" eine Selbstverständlichkeit ist (z.B. Osttimor), die einsteigen für kulturelle Identität (natürlich sollen kurdische Kinder die kurdische Sprache erlernen können), scheinen zuweilen Probleme mit dem Begriff Nation zu bekommen, wenn sich die Handlung im guten alten Europa zuträgt.

Im folgenden stelle ich ein Buch vor, in dem es um (genauer: gegen) Fremdbestimmtheit geht. Fast genau in der geographischen - Mitte Europas lebten Menschen für den nicht geringen Zeitraum eines knappen Jahrtausends (mit der Ausnahme von drei Jahrzehnten) permanent unter der Herrschaft von politisch, wirtschaftlich, kulturell und religiös anders also: fremd bestimmten Strukturen.

Es ist das Jahr 1556, der kleine Pall schwänzt den Unterricht in der Lateinschule, die er als Sohn eines "Grauen", also einheimischen Bauern, trotz seiner Herkunft besuchen kann; aber die Aussicht auf eine höhere Bildung lockt heute absolut nicht: es sind Gaukler in der Stadt, und es heißt, dass sie durch die Luft gehen werden. Pall, 11 Jahre, mit Holzpantinen an den Füßen und dem Livius im Kopf, drängelt sich durch die Menge der Schaulustigen. Er kennt sein Reval und dessen Schleichwege und so gelingt es ihm, in den abgesperrten Kirchturm zu gelangen. Er klettert höher und höher, bis hinauf in den Turmhelm, das spitze, oberste Stück des Daches und belauscht die Familie der Artisten: zwei Jungen, kaum älter als er selbst, gekleidet als Harlekin empfangen den Zaubersaft - wie er später erfahren soll: der Tau desselben Tages - und der hilft ihnen von schwindelnder Höhe über die Dächer bis hinaus zur Vorstadt auf dem Seil entlang zu laufen. Diese Akrobatik erscheint dem kleinen Pall wie das Fliegen selbst. Ja, ist denn der Mensch vielleicht doch das

Tier, das das Fliegen erlernen kann?.....

Dies ist der unmittelbare Beginn von Jaan Kross' Buch "Das Leben des Balthasar Rüssow", einem Roman von geradezu epischer Breite. Auf seinen rund 1500 Seiten wird zugleich mit der weiteren Geschichte von Pall, einer realen Person und späterem ersten Verfasser einer "Livländischen Chronik", die Geschichte einer Gegend Europas aufgeblättert, die permanenter Zankapfel von größeren und kleineren Mächten werden sollte: russischer Zar und skandinavische Könige, Hanse-Interessen und missionarischer Deutsch-Ritterorden überzogen das Land im höheren Interesse ihrer Gottheit (des Protestantismus / der Territorialmacht / des Geldes) mit allerley Krieg und Unbill.

Trotz aller Historizität und neben jedem soziologischem Kontext bleibt Kross immer dicht an seinem Helden als Menschen, und das macht die Lektüre so spannend für die LeserInnenschaft: die Frage nach der Befindlichkeit des Subjektes und dessen Eingebunden-Sein in Zusammenhänge, welche aber auch als überschreitbar behandelt werden. Der Autor begleitet seinen Protagonisten gleichsam mit einem vom Beginn des Buches tönenden Glockenschlag: Befreiung ist zuallererst immer eine Bewegung weg-von und anschließend die Bewegung hin-zu. Die utopische Vorstellung des (einmal) Fliegen-Könnens durch den Zauberschluck; das ist Krossens Allegorie für Palls/Balthasars Aufbruch in immer neue Freiheiten.

Und ein schöner Nebenaspekt: das Spielen der nationalen Karte in einem Prozess von Befreiung führt nicht notwendigerweise zu einem Nationalismus.

Die Lektüre dieses nicht eben leichtgewichtigen Romans verlangt von den LeserInnen schon ein gerüttelt Maß an Mühe und Geduld; wir werden aber mit einem Lese-Erlebnis nicht eben alltäglicher Güte im Unmaß entschädigt.

Jaan Kross (geb 1920) ist in den letzten Jahren wiederholt für den Literatur Nobel-Preis vorgeschlagen worden, na ja .....

Die Stadt Tallinn (touristisch fulminant) mit ihrem Hafen knapp 80 km südlich von Helsinki, also trotz der östlichen Lage in unmittelbarer Nähe zur EU, ist heute ein Ort vieler Gleichzeitigkeiten. Neben jungen Leuten, die lifestylmäßig wie die in Stockholm oder Hamburg drauf sind, stehen verputzte Omas - scheinbar unmittelbar der Sowjetzeit entsprungen; krasseste Neubauten aus Glas und Stahl stehen (noch) in Nähe zu Baudenkmalern mit durchaus hölzernem Charme. Wer einmal eine Stunde mit einem alten, deutschen Esten (ja, gibt es auch) verbracht hat, kann erfahren, wie viel Geschichte in eine Biographie passen kann; und wie jene weiterwirkt.

Das Estnische, gesprochen von gerade einmal einer Millionen Leuten, und verwandt mit solchen Exoten wie Finnisch, Udmurti und dem Samischen ist eine der 'kleinsten' Kultursprachen dieser Erde; das hat für die lokalen Bands den Vorteil, textlich ohne internationale Rücksichten drauflos komponieren zu können.

Eine schöne Einführung bietet A.. Schmidts "Geschichte des Baltikums" (Piper Verlag)

GEPUNKT

## " ... wenn Du trotzdem lachst! "



Warum interessieren sich - zuweilen - gestandene (linke) Herren für ein Fußball-Länderspiel? Was bringt die ausgewiesene Anarchistin dazu, alte deutsche Schlager, jene Reinform der Entfremdetheit, lauthals zu memorieren ?

Es handelt sich schlicht und einfach um Anfälle von Schnulzophilie, also jenen Rücksturz in kindhafte Begeisterung, wo political correctness wenig, die Freude an der eigenen

Freude Alles zu sein scheint.

Und mich hat neulich Alan Islers Büchlein "Klerikale Irrtümer" (2001) begeistert; ein Buch bei welchem ausnahmsweise sogar der Waschlappen gelungen ist:

Edmond Music, katholischer Priester und Rektor von Beale Hall, einem kirchlichen Forschungsinstitut, hat ein Geheimnis: Er glaubt nicht an Gott. Und das ist keineswegs alles. Seit vielen Jahren teilt seine Haushälterin, die rothaarige Maude Moriarty aus Donegal, sein Bett. Und letztlich ist Edmond Music gar nicht Edmond Music. Er ist Edmond Musics, das in Frankreich geborene Kind ungarischer Eltern - und Jude. Seine Mutter ist gestorben, seinen Vater hat er in den Wirren des Kriegsendes aus den Augen verloren. Den luxuriösen Posten als Rektor von Beale-Hall verdankt er einer leidenschaftlichen Affäre mit einer reichen Frau. Er verbringt dort seine Tage in friedlichen kabbalistischen Studien, in Nachforschungen über einen legendären Rabbi aus der

Umgebung, den Ba'al Shem von Ludlow; der im 18. Jahrhundert lebte und dessen Schriften in die stattliche Bibliothek von Beale-Hall eingegangen sind. Aus dieser Bibliothek aber ist ein früher und bisher der Forschung unbekannter Gedichtband des großen Bardens Shakespeare verschwunden, und er wird nun von einem zwielichtigen Antiquitätenhändler in einem Katalog angeboten.

Diesen Umstand will Edmonds alter Studienkollege und fanatischer Feind, der amerikanische Professor Fred Twombly, nutzen, um Edmond endlich zu Fall zu bringen.

Der schmale Band ist höchst unterhaltsam geschrieben, und spannend - Du ergreifst sofort Partei für den Helden Edmond und die Sache geht am Ende ja auch gottseidank gut aus. Aber was zum Teufel ist so interessant an den sexuellen Verbiegungen, welche die katholische Ethik ihren Adepten abverlangt; was ist so witzig an den Eifersüchteleien unter den Literaturgeschichts-Forschern, diesem Jahrmarkt der Eitelkeiten? Was ist das Tragische/Komische im Schicksal des Konvertiten ?

Nun, offensichtlich vermag der schnulzophile Mensch gewissermaßen beide Augen gleichzeitig zuzudrücken, und dann müssen wir mit dem Herzen sehen.

Oder, wie Pater Brown in jenem schwarz-weißen Rühmann-Film sagt: "Humor ist eine Erscheinungsform des Religiösen..."

Ja, das Lachen. Zweifellos ist es eines unserer schönsten Werkzeuge.

GEPUNKT

ALAN ISLER wurde 1934 in London geboren, ging 1952 nach New York, wo er an verschiedenen Universitäten lehrte. Heute lebt er wieder in London. Bisher erschienen "Der Prinz der Westend Avenue" (1996), die vier Novellen "Op. non cit." (1997) und "Goetzens Bilder" (1998).

---

## Innovativer Vorschlag zum Schutz der Umwelt

Mit einem Vorschlag von dem US-Offizielle sich besänftigende Wirkung auf die wachsende Kritik an der Regierungsentscheidung gegen die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls bezüglich Treibhausgasemissionen versprechen, hat die US-Umweltschutzbehörde einen innovativen neuen Plan veröffentlicht, nach dem jährlich bis zu 10000 neue Bäume den vorhandenen US-Beständen zugefügt werden könnten. Beabsichtigt ist der Abriss alter Holzgebäude, um das Holz nach einem Recyclevorgang für die Konstruktion neuer Bäume zu verwenden, die als "carbonsenkendes Kollateral" in zukünftigen Carbon-emissionsverhandlungen eingebracht werden sollen. Von offizieller Seite wird erwartet, das ab 2003 einige 10000 neue Bäume jährlich aus der Produktion kommen. Es wurde bekannt gegeben, dass die Flugzeugbaugesellschaft McDonnellDouglas mit dem Bau der Bäume beauftragt wurde. Ein Sprecher der Gesellschaft sagte, dass der neue Baum mit dem Namen "X-Pinie 35" eine doppelte Gebrauchskapazität haben werde, um die Rentabilität des Projekts zu sichern. Dazu gehören Geländerräder, 500 PS Motoren, sowie

Mittelstreckenraketenwerfer im oberen Laubwerk. Verhandlungen werden außerdem für die Einrichtung von Getränkeautomaten in den Stämmen geführt. Die US-Armee hat bereits im Vorfeld 875 der neuen Bäume zum Zweck der Verschönerung und dem Schutz von sowohl strategischen als auch ästhetischen US-Interessen zu Hause wie anderswo bestellt. Armeevertreter haben sich trotz Allem besorgt geäußert, dass die Bäume mögliche Ziele für Angriffe darstellen könnten und haben McDonnellDouglas um die Entwicklung einer passenden Tarnung gebeten, die die Sicherheit und Unauffälligkeit der Bäume in ihrer Umgebung sichern soll. Alternativ könnten sie auch mit sensorgesteuerten Maschinengeschützen ausgestattet werden, die beim Nähern unautorisierter Personen automatisch feuern würden.

Als US-Präsident George Bush von dem Plan informiert wurde, sprang er auf die Ecke seines ovalen Schreibtisches, klatschte enthusiastisch in die Hände und fing einen Fisch mit dem Mund. Ratgeber sagten, der Präsident habe nun 18 Fische hintereinander gefangen, ein neuer Präsidentenrekord. Aus dem Englischen übersetzt von H. Lunke hh

## **Internationales Anti-Atom-Sommercamp, 20. - 28. Juli in Pölitz/Wendland**

Die Idee zu diesem Camp ist aus zwei Hintergründen geboren: Die 25jährige Gorlebener Standortbenennung am kalten 22. Februar diesen Jahres ließ uns in der Vorbereitung von einer wärmeren Jahreszeit zum "Feiern", diskutieren, informieren, ag'nieren und anderem kreativem Wiedersehen mit Euch träumen. Im Gedankenaustausch mit unseren französischen FreundInnen beschlossen wir zusammen, das Camp in Pölitz als Folgecamp des internationalen Camps am geplanten französischen Endlagerstandort Bure (10.-20. Juli) zu nutzen. - Pölitz ist ein wildromantisches Plätzchen zwischen Laase und Gorleben in einem Landschaftsschutzgebiet unmittelbar an der Elbe. Durch den Wald sind es ungefähr 2 km Luftlinie zu den Gorlebener Atomanlagen.

Für jeden Tag ist ein spezielles Schwerpunktthema mit ReferentInnen vorbereitet. Dadurch können wir auch termingeplagten Interessierten die Möglichkeit bieten, sich spezielle Tage heraus zu picken. Vormittags können sich Arbeitsgruppen in die jeweilige Thematik vertiefen. Je nach Bedarf kann nachmittags im Plenum diskutiert, oder in AG's weiter tiefgeschürft werden. Für die Abende werden öffentliche, inserierte Veranstaltungen, mit den erarbeiteten Essenzen gewürzt, angeboten.

### **Der Camp-Fahrplan**

Arbeitsgruppen: 10 Uhr - 13 Uhr, 15 Uhr - 18 Uhr  
...Plenum nach Bedarf  
...Abendveranstaltungen 20 Uhr

**20.7.: Aufbau** eure tatkräftige Mithilfe ist höchst willkommen! Früher Anreisenden können Übernachtungsplätze besorgt werden

**21.7.: Ideenwerkstatt** Ideen zum nächsten Castor-Transport nach Gorleben werden vorgestellt und ausgefeilt...

**22.7.: Grundrechteabbau** BKA-Anti-Atom-Datendienste, Meldeauflagen, Demo/Campverbote, Klagen, Zivilrecht, Überwachung, Abhörmethoden, DemoSanikurs...

**23.7.: Endlager** Wer Anderen eine Grube gräbt...Das Entsorgung-Dilemma im Detail, "atomare Tropfsteinhöhlen" der BRD und international...

**24.7.: Aktionstag** Gemeinsam mit dem zeitgleichen Camp in Reddebeitz

**25.7.: Globalisierung und Atom** Denke global, handle lokal? Erfahrungsaustausch mit tutte bianche, pink and silver, attac...

**26.7.: Uranabbau/Umweltrassismus** Forum für VertreterInnen indigener Völker, UF 6-Transporte, Gronau, Garching, Wismut...

**27.7.: EU-Osterweiterung/Temelin ua.** Diskussionsangebot mit Josef Pühringer, oberösterreichische Plattform gegen Atomgefahr...

Abschlussparty mit dem Musikalischen Musikkampfwagen und den Bands "Alice's Gun", "Fine" + DJ + TNT (Tanznacht Total)...

**28.7.: Abbau** - wir hoffen auf eure Mithilfe...

Für Jugendliche gibt's ein eXtr@-Zelt mit selbstbestimmten Workshops und Arbeitsgruppen.

Ein leerer Bauch AGiert nicht gern. Die VolXküche auf Spendenbasis bittet um 9, 13, 18 Uhr zu Teller.

Unkostenobulus für Reisekosten der ReferentInnen nach Selbsteinschätzung: 5 EUR, 8 EUR, 10 EUR/Tag, - 50 EUR/Woche

---

## **Filmkunsttage im Kammer**

Bisher fast unbemerkt laufen in den Celler Kammerlichtspielen jeden Montag um 17.30 und 20.00 Filme, die im Rahmen sogenannter "Filmkunsttage" von der "nordmedia" präsentiert werden, einer Gesellschaft der Länder Niedersachsen und Bremen zur Förderung der Medienentwicklung in Norddeutschland.

Vielleicht lohnt es sich insbesondere in der Sommerpause des achteinhalb deshalb, mal ins Kammer-Kino zu gehen. Hier ein Überblick über das Programm der nächsten Wochen:

### **17.06.: berlin is in germany**

Ein Ex-DDR'ler erlebt die Wende im Knast und versucht nach seiner Entlassung im wiedervereinigten Berlin einen Neuanfang als Taxifahrer, will seinen Sohn kennen lernen und seine Ex wiedererobern. Der deutsche Film aus 2001 läuft am 4. Oktober auch im achteinhalb.

### **24.06.: Das Zimmer meines Sohnes**

Ein italienischer Film aus 2001 über Tod, Leid und Hoffnung, der die Goldene Palme von Cannes bekam. Ebvenfalls im achteinhalb - undzwa am 6. September.

### **08.07.: Ein Mann sieht Rosa**

Eine französische Komödie aus 2001 mit Gerard Depardieu über den Umgang mit political correctness.

### **15.07.: Reise nach Kandahar**

Die französisch-iranische Koproduktion aus 2001 lief schon im achteinhalb. Präsentiert wird ein eindrucksvoller Blick auf die afghanische Gesellschaft unter der Knute der Taliban.

### **22.07.: Nichts bereuen**

In dem Debütfilm von Benjamin Quabeck aus dem letzten Jahr geht's um die Probleme und Hoffnungen einer 19-jährigen.

### **29.07.: Enigma. Das Geheimnis**

Eine britische Spionagegeschichte in der Tradition Hitchcocks aus dem Jahr 2001 mit Kate Winslet (Titanic).

### **05.08.: Italienisch für Anfänger**

Der dänische Film aus 2000 lief schon im Palast, eine schöne Komödie um einen Italienischkurs als Kontaktbörde.

# TERMINE

**Sa. 15.06.2002, 12.00 Uhr**  
CD-Kaserne  
Creative Hip Hop Summer Jam

**Sa. 15.06.2002, 14.00 Uhr**  
Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Sowjetische Kriegsgefangene in  
Bergen-Belsen  
Eine Führung durch das  
Dokumentationszentrum und über das  
Gelände des ehemaligen Lagers

**Di. 18.06.2002, 20.00 Uhr**  
Veranstaltung zum Atommüllendlager  
Schacht Konrad  
Die niedersächsische Landesregierung  
hat den Genehmigungsentwurf zum  
geplanten Atommüll-Endlager  
"Schacht Konrad" in Salzgitter für die  
Debatte und Verabschiedung im  
Landtag freigegeben. Peter Dickel,  
Atomkritiker der Initiative "AG  
Schacht Konrad", informiert auf  
Einladung des Celler Forums gegen  
Atomenergie am Dienstag, den 18. Juni  
2002, um 19.30 Uhr, im Bunten Haus  
über den Stand der Dinge. Dickel wird  
auf die Geschichte und die Gefahren  
des geplanten Atommülllagers einge-  
hen und zum Stellenwert Schacht  
Konrads in der gesamte

## Termine in der Vokü:

Jeden Sonntag um 18.00 Uhr  
im Bunten Haus, Hannoversche Str.  
30f

16.06. Spicegirls  
23.06. Fairbruzelt  
30.06. Flitze Feuerzahn

07.07. Cocina Fina  
14.07. Pasta Ya  
21.07. Spicegirls  
28.07. Fairbruzelt

04.08. Flitze Feuerzahn  
11.08. Cocina Fina  
18.08. Pasta Ya  
25.08. Spicegirls

01.09. Fairbruzelt  
08.09. Flitze Feuerzahn  
15.09. Cocina Fina  
22.09. Pasta Ya  
29.09. Spicegirls

Entsorgungsproblematik Stellung neh-  
men.  
<http://www.ag-schacht-konrad.de/>

**Do. 04.07.2002, 21.00 Uhr**  
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 F,  
Celle  
Konzert (Hardcore)  
the shampoo (münster)  
kaopilot (oslo)  
Eintritt: 4,-  
[www.kaopilot.net](http://www.kaopilot.net)  
[www.theshampoo.de](http://www.theshampoo.de)

**Fr. 05.07 - So. 07.07.2002**  
CD-Kaserne  
Deutschlands größtes Chatter Treffen

**Sa. 13.07.2002, 20.00 Uhr**  
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 F,  
Celle  
Konzert mit:  
'SuperSkank' (SkaPunk)  
'Lex Barker Experience' (Polka-Folk-  
Ska-Punk-Party Musik)  
Eintritt: 4,-  
Sa., 20.07.2002, 08.00 Uhr  
CD-Kaserne  
Flohmarkt auf dem Außengelände

**Fr., 02.08.2002**  
CD-Kaserne  
Open Stage No, 3

**Fr. 09.08.2002, 21.00 Uhr**  
Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 F,  
Celle  
Konzert (...Punk)  
d.h. & Verbrannte Erde  
Eintritt: 4,-

**Sa. 10.08.2002, 15.00 Uhr**  
Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Jüdische und politische Häftlinge aus  
Polen im Konzentrationslager Bergen-  
Belsen. Eine Führung mit Wilfried  
Wiedemann durch das  
Dokumentationszentrum und über das  
Gelände des ehemaligen Lagers

**Di. 20.08.2002, 19.00 Uhr**  
Urbanus Rhegius Haus, Fritzenwiese,  
Celle  
Veranstaltung zum Verhältnis von yezi-  
dischen Kurden und Deutschen in  
Celle, sh. Seite 6

## Ständige Termine:

**Arbeitskreis "Eine Welt"**  
jeden Mi. 20 Uhr im Weltladen  
(Zöllnerstrasse)

**Weltladen Öffnungszeiten:**  
Di + Mi: 10-17 Uhr  
Do: 15-17 Uhr  
Fr: 9.30-12.30 Uhr + 15-17 Uhr

**Forum gegen  
Rechtsextremismus und Gewalt:**  
jeden 1. Mittwoch im Monat 19 Uhr  
c/o DGB-Celle, Trift 21, 29221  
Celle

**Termine im Bunten  
Haus:**  
(CD-Kaserne hinten links Halle 12)  
Hannoversche Str 30f  
29221 Celle, Tel.: 907927

**Fahrradwerkstatt:**  
jeden Montag 18 Uhr

**Archiv**  
jeden Donnerstag 17-19 Uhr

**KDV-Beratung**  
jeden Donnerstag 17-19 Uhr

**Plenum**  
jeden Donnerstag 19 Uhr

**Volxküche**  
jeden Sonntag 18 Uhr

**Deutschkurst für MigrantInnen**  
jeden Dienstag und Donnerstag  
17.30-18.30 Uhr

**Internationalismus-Café**  
jeden Mittwoch 17-19 Uhr

**Forum gegen Atomindustrie**  
Mittwoch 08.05 + 05.06. 19.30 Uhr

**Sa. 24.08.2002, 14.00 Uhr**  
Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Geschichte und Gegenwart:  
Möglichkeiten historischen Lernens in  
der Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Rundgang und Gespräch mit Julius H.  
Krizsan

**Sa., 31.08.2002, 08.00 Uhr**  
CD-Kaserne  
Flohmarkt auf dem Außengelände

**So. 08.09.2002, 11.00 Uhr**  
Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Erinnerungen an das  
Konzentrationslager Bergen-Belsen  
Dr. Karol Kucera (Bratislava) berichtet  
aus seiner Lebensgeschichte